Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Pf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Herzog-Max-Straße Nr. 4.

Inhalt:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile: 30 Pfennig / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des „Jüdischen Echos“, München, Herzog-Max-Straße 4 / Tel. 93099 Postscheck-Konto: München 3987.

Nr. 26 | **München, 1. Juli 1927** | **14. Jahrgang**

Das „Jüd. Echo“ ist auch zu beziehen durch die Bchhdlg. Niederhuber Zentral-Zeitungsvertr., München, Maximilian-Wurzerstr. 5, Tel. 23363

1927	Wochenkalender	5687	
	Juli	Tammus	Bemerkungen
Sonntag	3	3	
Montag	4	4	
Dienstag	5	5	
Mittwoch	6	6	
Donnerstag	7	7	
Freitag	8	8	
Samstag	9	9	בלק פרק ג' ד'

Das Jüdische Echo

Nummer 26 | 1. Juli | 14. Jahrgang

Das zionistische Memorandum für die Mandatskommission

Genf, 21. Juni. (JTA.) Das Memorandum der Zionistischen Weltorganisation, das in der gegenwärtigen Session der Mandatskommission des Völkerbundes in Behandlung gezogen werden wird, beginnt mit der Feststellung, daß es eine direkte Fortsetzung des Memorandums der Zionistischen Organisation ist, das der Mandatskommission in ihrer neunten Session vorgelegen hat. Das Memorandum bringt die wichtigsten Ziffern betr. die jüdische Arbeit in Palästina im Jahre 1926 mit besonderer Betonung der Rolle, die der Organisation als Jewish Agency bei diesem Aufbauwerk zufiel.

Das Memorandum der Zionistischen Organisation ist von einem Schreiben Dr. Weizmanns begleitet, in welchem gleich zu Beginn festgestellt wird, daß in der Angelegenheit der Beistellung von Staats- und Brachland für Zwecke einer dichteren jüdischen Besiedlung gemäß der Bestimmung des Mandatsstatuts bisher noch keinerlei Entscheidung seitens der Palästina-Regierung getroffen worden ist. Die Zionistische Exekutive steht aber mit der britischen und der Palästina-Regierung diesbezüglich in dauernder Verbindung, und es besteht Grund zur Annahme, daß die Verhandlungen schon in kurzer Zeit in einer Weise abgeschlossen werden, daß dem zionistischen Standpunkt in angemessener Weise entsprochen wird.

Was die Frage der Staatsbeihilfe für das jüdische Schulwesen betrifft, so gibt die Exekutive ihrem Dank dafür Ausdruck, daß die Palästina-Regierung in ihrem Budget für 1926/27 in gewisser Hinsicht Vorsorge getroffen hat. Die erhöhte Beihilfe ist natürlich immer noch beträchtlich geringer als die verhältnismäßige Zuwendung für das andere Schulwesen — wenn man die Zahl der Schüler der jüdischen Schulen mit derjenigen der Schüler der anderen Schulen vergleicht —, immerhin wird diese Beisteuer das Unterrichtsdepartement der Palästinisch-Zionistischen Exekutive entlasten und ihm die Aufgabe erleichtern.

Die Exekutive gibt der Hoffnung Ausdruck, daß in Verbindung mit der im November 1926 erfolgten Veröffentlichung eines Entwurfes für ein Arbeiterschutzgesetz schon in kurzer Zeit Maßnahmen für den Schutz von Frauen und Kindern in der Industrie getroffen und eine allgemeine konstruktive Arbeitsgesetzgebung gemäß den Bedürfnissen des Landes eingeführt werden wird.

Die Exekutive ergreift gern die Gelegenheit, um ihrer Anerkennung dafür Ausdruck zu geben, daß die Palästina-Regierung Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit durch Gewährung von Krediten an Stadtverwaltungen und durch Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten durchgeführt hat.

Schließlich lenkt die Exekutive die Aufmerksamkeit der Mandatskommission auf die Tatsache, daß die vom Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation und den Führern der amerikanischen nichtzionistischen Juden im Winter 1926/27 geführten Verhandlungen erfolgreich gewesen waren. Das Abkommen, mit dem die Besprechungen abgeschlossen wurden, bedeutet einen wesentlichen Schritt vorwärts in der Richtung der Erweiterung der Jewish Agency für Palästina auf den im Artikel 4 des Mandats vorgezeichneten Linien; ein gleicher Fortschritt wird wohl auch in anderen Ländern in kurzer Zeit zu verzeichnen sein.

In dem der Ständigen Mandatskommission seitens der Zionistischen Organisation unterbreiteten Memorandum über die Arbeit in Palästina im Jahre 1926 wird einleitend darauf hingewiesen, daß in dem Juni 1926 unterbreiteten zionistischen Memorandum die Zahl der jüdischen Bevölkerung in Palästina nach dem Stande vom 31. Dezember 1925 mit 138 000 angegeben worden ist. Wie sich jetzt herausstellt, war die Zahl zu niedrig angesetzt. Eine später von der Palästina-Regierung aufgestellte genaue Berechnung zeigt, daß am 1. September 1926 rund 158 000 Juden in Palästina wohnten, die 17,6 Prozent der 887 000 Seelen betreffenden Gesamtbevölkerung ausmachten. Bei der Volkszählung im Okober 1922 betrug die Zahl der Juden 83 794, das sind 11,1 Prozent der damaligen Gesamtbevölkerung von 757 182 Seelen.

Im Jahre 1926 wie im vorangegangenen Jahre war die Zunahme der jüdischen Bevölkerung hauptsächlich auf den Überschuß der Einwanderung über die Auswanderung zurückzuführen, obwohl dieser Überschuß geringer war als 1924 und weit geringer als 1925. 1926 registrierte die Regierung 13 056 Juden als Einwanderer, 1925 waren es 33 801, 1924: 12 856, 1923: 7 420. Im Jahre 1926 zählte man 7 340 jüdische Auswanderer. Die Netto-Immigration betrug demnach im Jahre 1926 5716, gegen 31 650 im Jahre 1925, 10 898 im Jahre 1924 und 3955 im Jahre 1923. Die gesamte jüdische Netto-Einwanderung seit dem Kriege betraf demnach 72 000 Personen, die rückwandernden Vorkriegseinwohner nicht eingerechnet.

Im Finanzjahr 1926 gab die Zionistische Organisation £ 64 961 an Unterstützung für neue Einwanderer aus. Dies war nötig, um sie im Lande festen Fuß fassen zu lassen. £ 15 200 wurden ausgegeben, um neue Einwanderer in die bereits begründeten Kolonien zu bringen, wo sie als Landwirtschaftsarbeiter tätig sind.

Der Überschuß der Einwanderung über die Auswanderung im Jahre 1926 war schon in den ersten sieben Monaten des Jahres erreicht; in den letzten fünf Monaten zählte man mehr Auswanderer als Einwanderer. Die Auswanderung stieg in dieser Zeit zu einer ungewöhnlichen Höhe. Dieses Phänomen stand in engem Zusammenhang mit der herrschenden Arbeitslosigkeit, die eine Kennzeichnung des jüdischen Wirtschaftslebens in Palästina im Jahre 1926 war. Oktober 1925 zählte man rund 1000 Arbeitslose, November 1925 schon 3000, April 1926 betrug die Zahl der Arbeitslosen

rund 5000 und im Juli 1926 6000. In den folgenden zwei Monaten sank diese Zahl auf etwa 4000, um dann wieder anzusteigen und gegen Ende des Jahres die Ziffer 6500 zu erreichen und eine weitere ansteigende Tendenz zu zeigen. Besonders scharf machte sich die Arbeitslosigkeit im Baufach und in den Handelsbetrieben bemerkbar, während sie auf den anderen Gebieten nicht größer als im vorangegangenen Jahr gewesen ist. Etwa die Hälfte der Arbeitslosen betraf allein das Baufach in Tel-Awiw.

Eine so große Zahl Arbeitslose bedeutete ein schweres soziales Problem. Die Palästinisch-Zionistische Exekutive gewährt aktive Hilfe, gegen Ende des Jahres stellte auch die Regierung ihren Beistand in Aussicht. Von April 1926 bis Jahresende gab die Exekutive £ 13 671 für reine Arbeitslosenunterstützung, die nicht allein Arbeitern zugute kam, ferner £ 38 722 für produktive Erwerbslosenfürsorge, die den Arbeitern ein bis zwei Tage in der Woche Arbeitsgelegenheit gab und £ 9988 für andere Notstandsarbeiten aus.

Bei der letzten Volkszählung in Palästina wurden 31 821 jüdische Arbeiter gezählt, von denen 23 447 in Städten wohnten. 1058 von ihnen (4,4 Prozent) waren Absolventen einer Universität, 9715 (40,4 Prozent) hatten Mittelschulen, 7217 (30 Prozent) Elementarschulen, 5257 (21,8 Prozent) religiöse Schulen, 204 (1,1 Prozent) Vorbereitungsfachschulen absolviert; 545 (2,25 Prozent) hatten keine regelmäßige Schulbildung genossen. 20 000 von ihnen konnten hebräisch sprechen, lesen und schreiben.

Im Jahre 1926 war die landwirtschaftliche Kolonisation in stetigem Fortschritt begriffen. Acht Kolonien konnten bereits auf die Finanzierung seitens des Keren Hajessod verzichten, mehrere andere werden ihre finanzielle Selbständigkeit in diesem Jahre erlangen. 120 jüdische landwirtschaftliche Siedlungen gibt es in Palästina, von denen 41 unter direkter Kontrolle der Zionistischen Organisation stehen und ganz oder teilweise vom Keren Hajessod finanziert werden. Die Bevölkerung dieser letzteren Kolonien betrug betrug 4628, das von ihnen bebaute Gebiet betrifft 25 000 Acres, von denen 75 Prozent dem Getreide- und Gemüsebau und 10 Prozent der Obstzucht dienen.

1926 erwarb der Jüdische Nationalfonds 23 000 Dunam, die American Zion Commonwealth 20 000 Dunam Landwirtschaftsboden.

Während die landwirtschaftliche Kolonisation im Jahre 1926 mit derjenigen im Jahre 1925 ungefähr gleichen Schritt hielt, ging die städtische Entwicklung weniger schnell vorwärts. Im Juli 1926 zählte man im Lande 592 in jüdischen Händen befindliche Fabriken, in denen ein Kapital von £ 1 840 227 investiert war und die 5711 Personen beschäftigten. Im Juli 1925 waren es 547 Fabriken mit einem Kapital von £ 2 000 000 und 5000 Beschäftigten.

Das Memorandum behandelt auch noch die Fragen der öffentlichen Gesundheit, die Tätigkeit der Hadassah und der Kupath-Cholim, die etwa 40 Prozent des gesamten Gesundheitswesens unter ihrer Hand haben und in allen Hospitälern, auch den Regierungshospitälern, Dienst tun. Zum Schluß wird auf das jüdische Schulwesen hingewiesen und berichtet, daß die Zahl der von der Zionistischen Exekutive kontrollierten Schulen von 169 im Schuljahr 1924/25 auf 194 im Jahre 1925/26 sich erhöht hat. Die Vermehrung der Zahl der Lehrer betrug 88, die der Schüler 2350. Es wird auch eine Übersicht über die vom Keren Kajemeth finanzierten Betriebe gegeben und der Text des Jewish-Agency-Abkommens zwischen Weizmann und Marschall vom Januar 1927 angeschlossen.

*

Es ist eine für das Ansehen des Völkerbundes betrübliche Tatsache, daß es der permanenten Mandatskommission noch nicht gelungen ist, den Umfang ihrer Kompetenzen endgültig zu klären. Auf der Tagesordnung der augenblicklichen Session steht zwar die Frage der direkten Anhörung von Petitionären aus den Mandatsgebieten; es ist aber nicht zu erwarten, daß sich die Mandatskommission tatsächlich von den Mandataren in dieser Beziehung unabhängig machen wird und es wird nach wie vor dabei bleiben, daß Petitionen zunächst der Verwaltung des Mandatslandes, dann den Mandatsregierungen und zuletzt der Mandatskommission des Völkerbundes zugeleitet werden. Das Memorandum der Exekutive geht also von London nach Jerusalem, von Jerusalem zurück nach London und von London erst nach Genf.

Dieses Verfahren ist gewiß sehr umständlich; trotzdem bringt es vielleicht auch manches Gute mit sich; so ist es durchaus imstande, den Konnex zwischen der Zionistischen Exekutive mit der Palästinaregierung enger und besser zu gestalten. Mann kann sich sehr gut vorstellen, daß einerseits die Exekutive dadurch gezwungen wird, in der Aufstellung von Behauptungen z. B. besonders vorsichtig zu sein und daß anderseits die Palästinaregierung bemüht sein wird, begründeten Beschwerden durch rasche Abhilfe möglichst zuvorzukommen.

Der Begleitbrief, mit dem Weizmann im Namen der Exekutive das Memorandum der Mandatskommision übermittelt, scheint diese Auffassung

zu bestätigen. Er ist nicht im Ton der Anklage gehalten; vielmehr drückt er sogar die Anerkennung und den Dank der Zionistischen Exekutive dafür aus, daß die Palästinaregierung in den Fragen der Unterstützung des hebräischen Schulwesens und der Linderung der Arbeitslosigkeit Entgegenkommen gezeigt habe; auch die Anfänge einer Arbeitsgesetzgebung werden mit Befriedigung vermerkt. Weizmann unterläßt es allerdings nicht darauf hinzuweisen, daß die Subvention für die jüdischen Schulen noch immer nicht genügend ist und daß sie noch immer gering ist im Verhältnis zu der Zahl der Schüler und der Unterstützung, die die Regierung anderen Schulen angedeihen läßt. Weizmann berührt auch die Frage der Überlassung von Staatsländereien, die trotz zahlreicher Verhandlungen noch nicht geklärt werden konnte; er drückt die Hoffnung aus, daß sie demnächst in allgemein befriedigender Weise gelöst werden kann. Nicht behandelt werden die außerordentlich schwierigen Probleme der Gemeindeordnung und des Einbürgerungsgesetzes.

Es mag vielleicht unbegreiflich erscheinen, daß die Exekutive in einem Augenblick, der ganz dazu angetan ist, von der Regierung vor einem unparteiischem Forum das Höchste zu fordern, nicht nur darauf verzichtet, Forderungen energisch (das schließt diplomatische Form nicht aus) vorzubringen, daß sie auch noch für nötig hält, die objektiv ungenügenden Leistungen der Regierung anzuerkennen. Sie ruft ja damit nach außen und gerade bei den Mitgliedern der Mandatskommission den Eindruck hervor, daß alles zum Besten stehe und daß die Regierung den ihr durch das Mandat auferlegten Verpflichtungen in zulänglicher Weise nachkomme. Dies ist aber tatsächlich nicht der Fall; die Regierung überläßt noch immer die eigentliche Aufbauarbeit voll und ganz der Zionistischen Organisation; sie zieht noch immer finanzielle Vorteile aus Kapitalinvestition, Bodenkauf usw. und erschwert dadurch oft das, was sie erleichtern und unterstützen sollte.

Gewiß ist es eine offene Frage, ob die von der Exekutive angewandte Taktik richtig ist; diese erklärt sich aus der allgemeinen Anschauung Weizmanns, daß einerseits die Zionistische Organisation angesichts der gegenwärtigen Situation in Palästina weniger denn je in der Lage sei, eine scharf kritisierende Haltung einzunehmen und daß anderseits die Regierung im vergangenen Jahre praktisch zionistische Forderungen, wenn auch nicht in wünschenswertem Maße, erfüllt habe. Eine allzu aggressive Stellungnahme würde die Regierung eher verstimmen als zugänglicher machen.

In dieser Frage der in der zionistischen Außenpolitik anzuwendenden Taktik stehen Weizmann und die von Jabotinsky geführte revisionistische Opposition in schärfstem Gegensatz; sie ist aber durch theoretische Auseinandersetzungen nicht weiter zu klären, sondern tatsächlich eine Vertrauensfrage, bei der persönliche Gegebenheiten den entscheidenden Ausschlag geben. Hat man zu Weizmann nicht mehr das Vertrauen, daß er die politische Situation richtig einzuschätzen vermag, daß er infolge seiner langjährigen Erfahrung, seiner Personalkenntnis und seiner Beziehung noch immer der gegebene Führer des Zionismus ist; glaubt man, daß sein zionistisches Wollen die Energie verloren habe und daß er, allzu pessimistisch, nicht mehr fähig sei, eine politische Aktion durchzuführen, dann wird man ihm freilich nicht folgen können; uns will aber scheinen, daß Weizmann auch heute noch als ein unerschütterlicher Fels in der Brandung dasteht und vielleicht das größte politische Aktivum der zionistischen Bewegung repräsentiert. Die Erfahrungen gerade auch der deutschen Politik (Stresemann!) beweisen, daß Persönlichkeiten weit größeren Einfluß ausüben können, als man im allgemeinen anzunehmen geneigt ist.

Das Memorandum selbst bemüht sich unter Anführung von vielen Ziffern einen Überblick über die im Jahre 1926 erzielten Fortschritte auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete zu geben, besonders verdienstlich ist die unvoreingenommene, objektive Behandlung der Wirtschaftskrise, die in die richtige Perspektive gerückt wird. Das Memorandum kann als Nachweis dafür dienen, daß der Aufbau des jüdischen Nationalheimes in Palästina für das ganze Land und dessen übrige Bewohner nur Vorteile mit sich bringt, daß der Zionismus in Palästina auch eine zivilisatorische Mission erfüllt.

Die Araber sind zwar, was weiter nicht verwunderlich ist, anderer Anschauung. Das Memorandum der arabischen Exekutive, das ebenfalls jetzt der Mandatskommission vorliegt, behauptet, daß eine den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes nicht entsprechende Einwanderung stattgefunden habe und daß jetzt die Juden das Land verlassen, die Araber hingegen, die sich an ihr Land gebunden fühlten, die Leiden auf sich nehmen müßten, die andere verschuldet hätten. Demgegenüber darf aber festgestellt werden, daß die

überstürzte Einwanderung zwar den Juden manchen Schaden zufügte, daß aber die arabische Bevölkerung durch erhöhte Bodenpreise, durch Vergrößerung des städtischen Marktes nur Nutzen daraus gezogen hat. Und wenn man nun noch ziffernmäßig nachweisen kann, daß die Regierungseinnahmen in Palästina zum größten Teile von Juden stammen, die Regierungsausgaben aber fast ausschließlich den Arabern zugute kommen, so wird das Urteil des „Palestine and Near East" verständlich, der das Memorandum der arabischen Exekutive als ein „komisches Gemisch unbegründeter Anschuldigungen und glatter Fälschungen" bezeichnet.

Über die Verhandlungen der Mandatskommission, soweit sie Palästina betreffen, liegt bei Schluß der Redaktion noch kein Bericht vor; grundlegende Entscheidungen und Auseinandersetzungen sind kaum zu erwarten. I. E.

Zurück zur Scholle*

(auch ein jüdisches Problem)

In Nummer 24 des „Jüdischen Echos" berichtet Herr Emrich über den Vortrag, den Herr Professor Oppenheimer aus Frankfurt am Main im Auftrage der Ortsgruppe München des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten gehalten hat und es sei mir gestattet im vorliegenden einige Ergänzung respektive Richtigstellung zu geben.

Über die Notwendigkeit, unseren Nachwuchs wieder dem Lande vertraut zu machen, besteht wohl auch in unseren Kreisen kein Zweifel. Auch ist die Tatsache bekannt, daß wir schon in der gegenwärtigen Generation tüchtige, junge, jüdische Leute haben, die in Deutschland zur Landwirtschaft wollen und nur schwer die Möglichkeit einer Ausbildung finden. Auch gibt es eine Reihe jüdischer junger Leute, die bereits als Landwirte und Gärtner ausgebildet sind und gearbeitet haben und es gilt, denselben die Seßhaftigmachung zu erleichtern. Darin liegt Zweck und Ziel der Aktion des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten, der dieses Tätigkeitsgebiet selbstverständlich nicht als Domäne seiner eigenen Tätigkeit aufgefaßt wissen will, der sich vielmehr nur zum Träger der Bewegung gemacht hat und das Ziel nur in gemeinsamer Arbeit aller Richtungen der deutschen Juden erreichen kann. Der Frontbund gibt sich dabei keiner Täuschung hin, daß es eine harte langwierige Aufgabe sein wird, das dreifache Ziel zu erreichen: Ansiedelung, Lehrgut und Nachwuchs.

Er betreibt seine Pläne um der Sache willen und hofft nur in der Konsequenz des Erfolges auf diese Weise auch Abwehrarbeit zu leisten. Es ist also nicht so, wie Herr Emrich glaubt, daß durch eine jüdische Siedelung der Antisemitismus entscheidend bekämpft werden muß, vielmehr ist die Siedelung reiner Selbstzweck und liegt schon darin wohl eine genügende Begründung des Unternehmens. Selbstverständlich sollen auch bereits ausgebildete jüdische Landwirte auf Grund der deutschen Siedelungsgesetze angesiedelt werden und der Frontbund betrachtet es nur als eine selbstverständliche Pflicht gegenüber seinen Kameraden, denselben die gleichen Rechte wie den übrigen Kriegsteilnehmern zu erkämpfen. Es ist auch nicht richtig, daß eine Berufsumschichtung propagiert werden soll, vielmehr ist lediglich das Ventil nach einer landwirtschaftlichen Betätigung in unseren Kreisen zu öffnen. Auch dürfte es genügsam bekannt sein, daß wir heute gerade in Großstädten bereits ein so großes jüdisches Proletariat haben, daß es für manche erstrebenswert sein würde, sich auf eigenem Grund und Boden in harter Arbeit, aber doch zur Erhaltung ihrer Existenz, die so unter allen Umständen gewährleistet wird, ihr Brot zu verdienen. Richtig ist der Hinweis von Herrn Emrich nach der jüdischen Frau als Lebens- und Berufsgefährtin für das Land und hier ist sicher noch manche Arbeit zu leisten. Aber wenn wir in unseren Frauen- und landwirtschaftlichen Schulen die Begeisterung der jungen Mädchen an der Feldarbeit sehen, wird dieses Problem, das doch in Palästina gelöst wurde, auch bei uns zu lösen sein. Ernster ist die Frage des Nachwuchses. Ein solcher aber wird sich finden, wenn erst der Stamm geschaffen ist und es wird eine Aufgabe der Propaganda sein, dem notwendigen Nachwuchs Sinn und Richtung zu geben. Es handelt sich nicht nur darum, der Persönlichkeit ein neues Berufsideal zu geben, sondern es muß das schon vorhandene Ideal in erster Linie die Möglichkeit zur Betätigung finden. Dazu bedarf es des Lehrguts und der Siedelung.

* Im nachfolgenden veröffentlichen wir zwei Einsendungen zu diesem Thema, behalten uns aber vor, eventuell selbst noch einmal auf den Gegenstand zurückzukommen. D. Red.

Wie Menschen glücklicher werden!

Möchten Sie nicht mehr Glück in Ihr Leben bringen? Oder haben Sie schon genug davon? Kaum — denn das gibt es wohl nie. Nun, wir können Ihnen zu mehr Glück und Freude verhelfen. Das ist weder eine Übertreibung noch eine Aufschneiderei; bitte geben Sie uns Gelegenheit, den Beweis anzutreten.

Kein Mensch, der ein Gemüts- und Gefühlsleben besitzt, kann sich der erhebenden froh machenden Wirkung der neuen Vox- und Elektrola-Instrumente entziehen, wenn die herrlichen Leistungen aller berühmten Künstler in wundervoller Originaltreue erklingen oder die hinreißenden Weisen der ersten Tanzkapellen der Welt. Zwei ausverkaufte Konzerte im großen Museumsaal beweisen die Anziehungskraft solcher Darbietungen.

Nicht zu vergessen ist noch der Bildungswert dieser Instrumente für jeden, der schon Musik treibt, indem die besten Vorbilder, wann und so oft man will, zur Verfügung stehen.

Öffnen Sie dem Glück und der Freude, welche zu Ihnen möchten, die Türe.

Preis RM. 130.– und höher

Triton-Phonograph nur RM. 22.–

PREISLISTE UMSONST

MUSIKHAUS ALFRED SCHMID NACHF.

(U. HENSEL)

GEGRÜNDET 1868

MÜNCHEN / RESIDENZSTRASSE 7

GEGENÜBER DER HAUPTPOST

FERNSPRECHER 23494 BIS 23498 UND 20962

Und wenn der Artikel zu dem Schluß kommt, daß die Aktion nicht genügend durchdacht erscheint, so ist darauf hinzuweisen, daß in dem vorbereitenden Ausschuß unsere bedeutendsten Kenner und Fachleute sitzen. Das Projekt ist auch nicht als starr aufzufassen, vielmehr wird je nach den zur Verfügung stehenden Geldsummen Lehrgut und Siedelung in Angriff genommen werden können, wobei es klar ist, daß ein von vorneherein auch fest auszuarbeitendes Programm nur möglich ist, wenn die Summe der dafür verfügbaren Gelder feststeht. Abzuweisen ist, daß mit der Siedelungsaktion des Frontbundes „kein neuer jüdischer Kulturkreis" geschaffen werden kann. Diesen Kulturkreis setzen wir als vorhanden voraus und wird derselbe nicht etwa durch verschiedene Berufsgliederungen verändert. Die Idee des Nationalstaates aber hat mit der Siedelung auf deutschem Boden nichts zu tun. Hier handelt es sich nur darum, einen Berufszweig wieder zu gewinnen, der vor Jahrzehnten von uns mit Stolz betrieben wurde. Hier handelt es sich darum, bei den herrschenden Verhältnissen die Möglichkeit der Ausbildung und die Unterstützung bei der Siedelung für unsere Glaubensgenossen zu finden. Damit wird auch die Palästinaidee der Zionisten nicht bekämpft, es soll nur denjenigen, die in der alten Heimat bleiben w o l l e n oder auch m ü s s e n, die Gelegenheit gegeben werden, in den Beruf, den sie erstreben, zu kommen, oder ihn als neuen Beruf zu schätzen.

Zurück zur Scholle ist eine allgemeine jüdische Angelegenheit und das Problem der Stunde. Möge es auf fruchtbaren Boden zum Wohle der Gesamtheit fallen. Dr. Franz Gutmann.

Anschließend an die Ausführungen des Herrn Emrich in Nummer 24 des „Jüdischen Echos" kann ich nicht umhin, auch noch ein paar Worte zur Frage der Ansiedlung junger deutscher Juden auf dem Lande zu sagen.

Ich bin selbst praktischer Landwirt und in Deutschland teilweise sogar auf jüdischen Siedlungen ausgebildet — ich kenne einen großen Teil unserer Landwirte und Gärtner und darf feststellen, daß sie alle, die draußen körperlich arbeiten, mit ganz wenigen Ausnahmen, nicht daran denken, sich als Ackerbauern in Deutschland niederzulassen. Sie alle haben ein anderes Ziel: 1. Entweder sie sind Zionisten; dann gehen sie, soweit irgend möglich, schließlich nach Palästina oder 2. sie sind nur Landwirte; dann versuchen sie doch mehr oder weniger schnell von deutscher Scholle, die relativ geringe Verdienstmöglichkeiten bietet, wegzukommen, um vielleicht nach Amerika — vielleicht als Getreide-, Viehhändler usw. in die Stadt zu gelangen. Schließlich muß gesagt werden, daß viele bereits ausgebildete Landwirte aus den mannigfaltigsten Gründen diesen Beruf, der ihnen unter Umständen sogar lieb geworden ist, wieder aufgeben. Auf die Motive, die zu solcher Rückschichtung veranlassen, hat Herr Emrich ja zum Teil hingewiesen.

Nun zur Frage der Siedlung als solcher! Ein entscheidendes Moment hierbei ist vor allen Dingen die Möglichkeit der Zusammenarbeit der verschiedenen Siedler. — Ich glaube nicht daran, daß die Söhne und Töchter des jüdischen Bürgertums — und das dürfte die Masse sein — mit so viel Idealismus ausgestattet sind, daß sie als ausgebildete, also ältere Menschen in einer Siedlung in Deutschland gemeinsam arbeiten können! Die Arbeit in einer Siedlung setzt Zähigkeit, Opferwilligkeit, vor allem aber die Fähigkeit, sich unterordnen zu können, voraus — Eigenschaften, die nicht alltäglich sind und zumal bei Juden in dieser Verbindung nicht oft vorkommen.

Eine andere Sache ist allerdings die Einführung einer landwirtschaftlichen Pflichtausbildungszeit, für die jedermann eintreten müßte. Es wäre ein ungeheurer Erfolg, wenn man die jüdischen Eltern davon überzeugen könnte, wie wertvoll für ihre Kinder, die irgenwie dazu fähig sind, in körperlicher sowohl wie in geistiger Beziehung ein Jahr draußen auf dem Lande wäre. — Diese Zeit ist nicht verloren — selbst wenn man nicht beim landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Berufe bleibt! Und wenn die beabsichtigte Siedlung des jüdischen Frontsoldatenbundes Ausbildungsort sein wird oder, besser gesagt, e r s t e Ausbildungsstätte für junge Juden — denn wenn's die einzige bleiben soll, ist das ganze Projekt eine Zeit- und Geldverschwendung —, dann hat der Plan realen Wert — mehr Wert sicher, als eine Art jüdische landwirtschaftliche und gärtnerische Erwerbslosenfürsorge! Walter Deutsch.

Eine Aussprache im Münchener Stadtrat über die Vergebung von Aufträgen an jüdische Firmen

München, 23. Juni (JTA.) Im Hauptausschuß des Münchener Stadtrates kam es bei der Besprechung über die Vergebung einiger Aufträge von seiten der Stadt zu einer bemerkenswerten Aussprache. Der völkische Stadtrat Fiehler hatte gegen die Vergebung aus dem Grunde protestiert, weil man eine Anzahl jüdischer Firmen berücksichtigt habe, „nachdem wir genug deutsche Firmen haben". Ihm antworteten sofort der zweite Bürgermeister Münchens, Dr. Küfner, und Stadtrat Dr. Jodlbauer (Bayr. Volksp.). Dr. Küfner führte aus: „...Der Jude zahlt bei uns so gut seine Steuern wie jeder andere. (Stadtrat Fiehler: Dann braucht man bloß zu 1 Prozent, aber nicht zu 10 Prozent jüdische Firmen berücksichtigen, wenn man auf diesem Standpunkt steht.) Das kommt ganz darauf an, wie die Zuschläge sich kalkulieren. Wenn wir schon auf dem Standpunkt stehen, daß jeder Gewerbetreibende, der seine Steuern zahlt, einen gewissen Anspruch darauf hat, daß er nach Recht und Gerechtigkeit berücksichtigt wird, dann möchte ich das bei den jüdischen Firmen nicht missen. Wir haben eine ganze Menge Juden — das möchte ich immer wieder betonen —, die insbesondere auf dem Gebiete der Wohltätigkeit schon recht viel getan haben. (Stadtrat Lutz: Sehr richtig!)..."

Stadtrat Dr. Jodlbauer (Bayerische Volkspartei): „Ich möchte die Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Dr. Küfner mit Nachdruck unterstreichen. Ich halte es schon im Interesse der Stadt für im höchsten Grade bedenklich, daß, wenn bei einer Submission ein jüdisch anklingender Name auftaucht, dies sofort eine Antisemitendebatte auslöst, oder daß zum wenigsten unschöne Anspielungen und hämische Bemerkungen gemacht werden. Das geht aber meines Erachtens nicht an. Der Jude ist ebensogut unser Mitbürger wie der Christ. (Stadtrat Fiehler: Leider!) Das mag Ihre private Ansicht sein, das ändert aber nichts an der in der Religionsfreiheit begründeten Tatsache. Ich sehe auch gar keinen Grund ein, den israelitischen Mitbürger niedriger zu werten als den christlichen. Ich kenne viele Israeliten, die ich in sittlicher Beziehung und hinsichtlich ihrer Geschäftsmoral höher einschätze als manchen Christen.

Stadtrat Fiehler versuchte seinen Standpunkt noch einmal zur Geltung zu bringen. Dies gab dem zweiten Bürgermeister Dr. Küfner Anlaß zu einer Bemerkung grundsätzlicher Art. Er sagte: „Solche Debatten haben nach meiner Auffassung gar keinen Sinn, sondern schaden uns wirtschaftlich. Ich meine, es ist ganz gut, wenn hier einmal zum Ausdruck gebracht wird, daß diese Stellungnahme gegenüber den Juden die Auffassung einer bestimmten einzelnen Gruppe hier ist, mit der die übrigen Fraktionen des Stadtrates nicht einverstanden sind. ... Wenn man die deutschen Staatsbürger nach dem Charakter aufnehmen und nicht aufnehmen wollte, wäre ich begierig, was dabei herauskäme."

Aus der jüdischen Welt

Kundgebung des Pro-Palästina-Komitees
Weizmann in Berlin

Am 27. Juni 1927 fand im Saal des ehemaligen preußischen Herrenhauses eine große Kundgebung des Pro-Palästina-Komitees statt. Saal und Galerie waren überfüllt. Die Versammlung wurde eröffnet durch eine Ansprache des Vorsitzenden des Komitees, Graf Bernstorff, der die Ziele und das Programm des Komitees darlegte. Geheimrat Professor Sellin hielt einen Nachruf für das verstorbene Mitglied des Präsidiums Professor Greßmann. Hierauf sprachen Kultusminister Dr. Becker und Rabbiner Dr. Baeck. Frau Katharina von Kardorff-Oheimb würdigte die Persönlichkeit Dr. Weizmanns. Schließlich nahm Dr. Weizmann das Wort, um in längerer Rede die politischen und geistigen Grundgedanken des Zionismus zu entwickeln.

Der Veranstaltung sind eine ganze Reihe von Begrüßungsschreiben zugegangen, darunter auch ein Schreiben des Reichskanzlers. Einen ausführlichen Brief sandte der Präsident des französischen Comités „France-Palestine", Exminister Justin Godart. In dem Briefe wird auf die Gemeinsamkeit der Ziele beider Komitees hingewiesen und die völkerverbindende Wirkung des Palästinagedankens betont.

Sitzung des Landesvorstandes der deutschen Zionisten

Berlin, 23. Juni. (JTA.) In diesen Tagen wurde in Berlin eine Sitzung des Landesvorstandes der Zionistischen Vereinigung für Deutschland abgehalten. Von den 40 Mitgliedern waren 35 anwesend. Es fand zwischen den Vertretern der verschiedenen Richtungen eine Aussprache über die Kongreß-Propaganda statt. Dr. Bileski vertrat den Standpunkt des linken Zentrums. Nahum Goldmann den der radikalen Zionisten, Lichtheim den der Revisionisten und Alfred Berger den der Poale Zion.

Eine lebhafte Debatte entspann sich auch über die Frage der Gemeinde-Politik. Rechtsanwalt Dr. Kollenscher erstattete den Bericht der Gemeindekommission. Es sprachen hierzu auch noch Epstein (Duisburg), Jacobson (Breslau) und Dr. Klee (Berlin). Man einigte sich auf bestimmte Richtlinien, die für das ganze Reich gelten. Es wurde eine allgemeine Übereinstimmung erzielt.

Ein Denkmal für die 3500 im Kriege gefallenen Söhne der Berliner Jüdischen Gemeinde auf dem Ehrenfriedhof zu Weißensee

Berlin, 27. Juni. (JTA.) Am Montag, dem 27. Juni 1927, vormittags 11 Uhr, wurde auf dem Ehrenfelde des Friedhofs in Weißensee ein Denkmal für die im Weltkriege gefallenen Söhne der Jüdischen Gemeinde Berlin feierlich enthüllt.

Das Denkmal hat die Form eines monumentalen Altars. Die Entwürfe zu dieser Anlage stammen von dem Gemeindebaumeister, Regierungsbaumeister Alexander Beer. Es trägt an der Stirnseite die Aufschrift: „Ihren im Weltkriege gefallenen Söhnen die Jüdische Gemeinde zu Ber-

lin." An den beiden Seitenfronten ist in hebräischer Sprache die Aufschrift enthalten: asah kamaweth ahawahr (Wie der Tod so stark ist die Liebe).

Trauerfeier für Walter Rathenau

Berlin, 24. Juni. (JTA.) Heute, am 5. Todestage Walter Rathenaus, wurden am Grabe und im Hause Rathenaus, sowie an der Mordstelle Trauerkundgebungen abgehalten. Ebenso wie am Grabe stellte das Reichsbanner auch an der Mordstelle in der Königsallee eine Ehrenwache. Dort befindet sich ein Baum, der heute noch, 5 Jahre nach dem furchtbaren Mord, zwei deutlich sichtbare Kugelspuren zeigt. Das Reichsbanner hing an diesem Baum einen großen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife auf. Abends wurde der Kranz in das Rathenau-Haus gebracht. Die Demokratische Partei und viele andere Gruppen und Vereinigungen, auch die Reichsregierung, ließen am Grabe Kränze niederlegen.

Die Schweizerischen Zionisten und der 15. Zionistenkongreß

Genf, 24. Juni. (JTA.) Am 19. Juni wurde in Luzern der 31. außerordentliche Delegiertentag des Schweizerischen Zionistenverbandes eröffnet. Die Verhandlungen leitete Dr. Becker (Genf). Der Regierungsrat des Kantons Luzern und der Stadtrat von Luzern sandten Begrüßungsschreiben, Hauptberatungsgegenstand der Tagung war die technische Vorbereitung des 15. Zionistenkongresses, der bekanntlich am 30. August d. J. in Basel eröffnet werden wird. Dr. Weinert (Zürich) war der Referent und brachte eine Anzahl Anregungen vor. Dr. Becker wurde mit überwiegender Mehrheit zum offiziellen Kongreßkandidaten des Verbandes nominiert.

Konferenz der italienischen Zionisten in Mailand

Rom, 23. Juni. (JTA.) In Anwesenheit von Dr. Victor Jacobson wurde in Mailand eine Konferenz der Zionisten aus den wichtigsten Städten Italiens abgehalten. Es wurden Beschlüsse gefaßt, die eine Intensivierung der zionistischen Arbeit unter den italienischen Juden und eine Reorganisation deren Keren-Hajessod-Arbeit betrafen.

Es wurde ein Präsidium der zionistischen Föderation Italiens gewählt, dem als neue Mitglieder Dr. Paolo Milano aus Rom, Dr. Dario Pitigliani und Ciro Glas aus Florenz angehören. Es wurde auch die Schaffung eines neutralen Komitees für Keren-Hajessod-Arbeit beschlossen, welchem Vertreter der jüdischen Gemeinden Italiens und prominente italienische Juden angehören werden.

Numerus-clausus-Debatte im ungarischen Oberhaus

Budapest, 25. Juni. Bei der Beratung des Staatsvoranschlags hielt Dr. Albert von Berzeviczy eine Rede, in der er von der Regierung die Aufhebung des Numerus clausus forderte. Der jüdische Vertreter, der Szegediner Oberrabbiner Dr. Emanuel Löw, wandte sich zwar auch gegen den Numerus clausus, vertrat aber unbegreiflicherweise die Anschauung, daß die Initiative zur Aufhebung des Numerus clausus von der Regierung selbst ausgehen müsse und unterließ aus diesem Grunde die Stellung eines Antrages auf Aufhebung des Schandgesetzes. Der Unterrichtsminister Graf Klebelsberg antwortete Dr. Löw, daß die Regierung die Verantwortung für die Aufhebung des Numerus clausus nicht übernehmen könne.

Die rumänische Studentenschaft aus dem internationalen Studentenkongreß ausgeschlossen

Budapest, 26. Juni. (JTA.) In der gestern abgehaltenen zweiten Sitzung des Internationalen Studentenkongresses in Szeged berichtete der Leiter des Zentral-Büros Jean Baugniet über die Sitzung der Propagandakommission, die die Verbreitung der Idee der Internationalen Studentenvereinigung zur Aufgabe hat. Da die rumänischen Studenten die jüdischen Studenten aus ihren Reihen ausgeschlossen haben und also nicht alle in Rumänien lebenden Studenten vertritt, können sie nicht ordentliches Mitglied der Internationalen Studentenvereinigung sein.

Arabische Salzkonzession am Toten Meer

Jerusalem, 23. Juni. (JTA.) Eine arabische Gesellschaft zum Zwecke der Ausbeutung der Salzminen im Westen des Toten Meeres ist hier gebildet worden. Die Arbeit wird demnächst in Angriff genommen.

Das Wolffsohn-Haus in Jerusalem. — Herzl- und Wolffsohn-Archive

London, 23. Juni. (JTA.) Wie die Wolffsohn-Stiftung mitteilt, ist in Jerusalem der Grundstein zu dem Wolffsohn-Haus der Universitätsbibliothek gelegt worden. Das in großen Ausmaßen angelegte Gebäude wird in etwa 18 Monaten fertig sein. 75 Arbeiter des Solel Boneh sind gegenwärtig an den Bauarbeiten beschäftigt. In diesem Gebäude werden auch die Herzl- und Wolffsohn-Archive, die sich gegenwärtig in Berlin in Gewahrsam des Herrn Dr. Leszynsky befinden, untergebracht sein. Der Zeitungsleseraum wird nach Dr. Katzenelson, dem Freunde Dr. Wolffsohn, benannt werden. Frau Cilly Levine, die Tochter des verstorbenen Dr. Katzenelson, hatte der Wolffsohn-Gesellschaft einen Betrag von £ 3000.— für das Wolffsohn-Haus als Vermächtnis übergeben. Herr und Frau M. Symonds aus Sydney haben einen Betrag von £ 5000.— in Aussicht gestellt, der für den Bau eines Lesesaals, der den Namen der Mutter Herrn Symonds tragen soll, verwendet werden wird. Außerdem verfügt die Wolffsohn-Stiftung noch über eine Summe von £ 17 000, die zur Vollendung des Baues Verwendung finden wird.

Zu unserer Mitteilung über die beiden jüdischen Preisträger an der Münchener Universität haben wir noch nachzutragen, daß Herr Erich Deutsch ein Sohn des bekannten Münchener Zahnarztes Dr. Max Deutsch ist.

Feuilleton

Kinderhochzeit

Von Jecheskiel Kotik

In den autobiographischen Erinnerungen Kotiks sind lebensvolle Bilder enthalten, die einen Einblick in das polnisch-jüdische Städtl um die Mitte des vorigen Jahrhunderts gewähren. Im Klal-Verlag, Berlin, wurde dieses sehr bedeutende Memoirenwerk, das in jiddischer Sprache abgefaßt ist, unter dem Titel „Meine Erinnerungen" (zwei Bände) neu aufgelegt. In gekürzter Form bringen wir ein bezeichnendes Kapitel des ersten Bandes dieser Memoiren Kotiks, der kein Berufsschriftsteller war, sondern in Warschau ein Kaffeehaus besaß. — Wir entnehmen mit Erlaubnis des Verlages die deutsche Übertragung dem soeben erschienenen, sehr bemerkenswerten Juni-Juli-Heft der Zeitschrift „Menorah", welches als Sonderheft den Juden in Polen gewidmet ist und einen überaus reichen Inhalt ausweist.

Plötzlich ging ein Gerücht um, es sei ein neuer Erlaß herausgekommen, nach dem Mädchen und Jünglinge nicht vor dem 20. Lebensjahre heiraten dürfen. Dieser Erlaß, welcher im Jahre 1842 erschien, rief in ganz Litauen und Polen das seither berühmt gewordene Heiratsfieber hervor. Wer eine Tochter oder einen Sohn von ungefähr acht Jahren hatte, machte ihnen Hochzeit. Damit die Polizei nichts davon erfahre, wurden diese Heiraten heimlich in aller Stille und ohne Zeremonien vollzogen.

Die Eltern der Kinder, die miteinander verheiratet werden sollten, einigten sich rasch, der Knabe oder das Mädchen wurden in das Haus eines der Brauteltern gebracht, im Zimmer wurde ein Minjan Juden versammelt, die Trauung vorgenommen, ein Glas Branntwein geleert, ein Stückchen Lebkuchen dazu verzehrt und — die Feier war zu Ende. Dann nahm der Vater den jugendlichen Ehemann wieder nach Hause, kaufte ihm einen Tallis, und am nächsten Tage betete der Knabe schon im Tallis, jedoch ohne Tefilin. Der Vater des kleinen Mädchens nahm die „junge Frau" mit, schor ihr die Haare und zog ihr ein Haarband und einen Scheitel an. Die „junge Frau" und der „junge Ehemann" hatten keine Ahnung, daß sie Mann und Frau seien...

In dem Jahre des Heiratsfiebers hatten in Kamenietz alle kleinen Kinder Hochzeit. Es kamen ein paar jüdische Bürger am Abend zusammen und verabredeten, sich noch in derselben Nacht miteinander zu verschwägern. Und gegen 10 Uhr nachts wurden die Kinder aus dem Schlaf geweckt: „Steh' auf und geh' zur Chupe", sagte man den schlafenden Kindern.

Eisik, der Fleischer, hat öfters — ich erinnere mich noch daran — erzählt, wie er Hochzeit gehabt hatte:

Ich war damals etwa acht Jahre alt. Eines Abends lag ich auf dem Bett und schlief mit meinen Kleidern. Da weckte mich die Mutter: „Eisikl, Eisikl, steh' auf und geh' zur Chupe!"

Ich wußte nicht, was das Wort „Chupe" überhaupt bedeutete, und wollte nicht aufstehen. Da rief die Mutter den Vater, daß er mich wecke, und er schrie, wie es eben ein Vater tut: „Steh' auf, Eisik, du wirst zur Chupe gehen."

Ich sagte: „Ich will nirgends hingehen, ich will schlafen."

Darauf der Vater: „Aufstehen, sage ich!"

Darauf ich: „Ich will nicht."

Der Vater riß mich zornig empor: „Steh' auf!"

Ich begann zu weinen, da nahm der Vater den Riemen und zog mir ein paar über. Das machte mich natürlich wach und ich stand auf mit verweinten und verschlafenen Augen. Ich fragte: „Wohin soll ich gehen?"

Der Vater antwortete: „Zur Chupe."

„Was ist das, Chupe?" fragte ich.

Darauf der Vater: „Wir werden zum Schwiegervater gehen, dort wird die Chupe sein."

Ich verstand noch immer nicht, was der Vater meinte; die Worte „Schwiegervater" und „Chupe" waren mir ganz unverständlich, und so sagte ich noch einmal: „Ich will nicht gehen."

Doch der Vater nahm wieder den Riemen zur Hand und ich beschloß, lieber zu schweigen.

Die Mutter wusch mich sorgfältig, zog mir den kleinen Kaftan an, knöpfte mir die Hose zu und hieß mich den Hut aufsetzen. Doch mein Hut war nicht da, denn ich hatte ihn irgendwo beim Spiel verloren, ehe ich noch schlafen gegangen war. Da begann die Episode mit dem Hut; der Vater sagte: „Wenn du nicht jetzt zur Chupe gehen würdest, so würde ich dich für den verlorenen Hut ordentlich prügeln."

Indessen kamen schon Boten von den Schwägersleuten, die fragten, warum wir noch nicht dort seien. Jetzt begann ein allgemeines Suchen nach dem Hut, doch er fand sich nicht. Die Verlegenheit war groß. Was tun? Inzwischen war es Mitternacht geworden. Vater und Mutter hatten Angst, der Brautvater würde sich die Sache inzwischen überlegen, und ihre Laune wurde immer schlechter.

Man überlegte: Wen sollte man aufwecken, um bei ihm einen Knabenhut bis zum nächsten Morgen zu leihen? Doch aus dem Nachdenken kam nichts heraus und es wurde sehr spät.

Auf alle Fälle standen die Dinge sehr schlecht, denn es war kein Hut da. Vater und Mutter waren außer sich vor Ärger, doch es half nichts, ohne Hut kann man nicht zur Hochzeit gehen. So ging der Vater zum „Mechuten" und bat ihn, die Hochzeit auf den nächsten Tag zu verschieben, da Mutter sich nicht wohl fühle.

Der Vater blieb ziemlich lange aus, die Mutter konnte vor Ungeduld nicht stillsitzen. Endlich kam der Vater und sagte, die Hochzeit werde am nächsten Tag um zehn Uhr abends stattfinden.

Am nächsten Tag kaufte man mir einen Hut. Morgens ging ich in Vaters Kappe in den Cheder und erzählte meinen Kollegen, daß der Vater mich zur Chupe mitnehmen wollte, daß ich aber nicht gehen konnte, da ich keinen Hut hatte. Heute aber werde ich einen Hut bekommen und zur Chupe gehen.

Da sagte Bainusch, das Söhnchen des Speng-

lers: „Ich bin schon gestern bei der Chupe gewesen. Unter der Chupe bin ich mit Dwoire, dem kleinen Mädchen des Tischlers Baruch, gestanden; man hat mir einen Ring gegeben und den habe ich Dwoire auf dem Finger angezogen; und mein Vater hat mir einen Segensspruch gesagt und dann hat man getanzt und Lebkuchen gegessen und Semmel mit Hering und das war sehr fein."

Als ich aus dem Cheder kam, zog mir die Mutter sofort den neuen Hut an.

Ich fragte die Mutter: „Wann werde ich schon zur Chupe gehen?"

Die Mutter antwortete: „Schlaf nur nicht ein, wie gestern, du warst ja nicht zu erwecken."

Darauf ich: „Heute werde ich bestimmt nicht vor der Chupe schlafen." Doch um neun Uhr abends schlief ich wieder ein und man hatte Mühe, mich aufzuwecken. Ich ging mit Vater und Mutter zur Chupe. Als wir ins Zimmer der künftigen Schwiegereltern traten, sah ich dort Süssel, ein kleines Mädchen, mit der ich mich vor acht Tagen, am Sabbat, im Hause ihres Onkels geprügelt hatte. Seither war ich mit ihr böse.

Dann wurde die Chupe aufgestellt. Man führte mich unter den Trauhimmel und nach einer Weile wurde auch Süssel hingeführt und neben mich hingestellt. Ich lief stracks fort und sagte: „Ich will nicht mit Süssel unter der Chupe stehen, ich bin mit ihr bös!"

Die Mutter entgegnete: „Aber Eisikl, das ist doch deine Braut!"

Darauf ich: „Ich will Süssel nicht zur Braut, gib mir eine andere Braut!"

Und ich wollte um keinen Preis mit Süssel unter der Chupe stehen.

Da legte sich der Vater ins Mittel und begann in seiner Art zornig auf mich einzureden, doch ich wollte auf keinen Fall mittun. Da sagte der Vater: „Ich lasse den Riemen von daheim holen und werde dich ordentlich ledern, wenn du nicht unter der Chupe stehen willst! Gebt mir doch ein paar Ruten, damit ich dem Herrn Bräutigam zeige, was sich gehört."

Nun begann Süssel: „Fein, fein, das ist dafür, weil er mich neulich bei den Haaren gerissen hat; und ich werde mit ihm nicht unter der Chupe stehen."

Nun begann das gleiche Spiel mit der Braut! Erst redete ihr ihre Mutter zu, dann drohte ihr ihr Vater mit dem Riemen.

So verging ein gutes Stück Zeit, und die „Brautleute" wollten sich um keinen Preis unter die Chupe stellen. Die Gäste wollten schon fortgehen. Da brachte man einen Besen und zog daraus einige Ruten. Süssel und ich begannen zu weinen und stellten uns tränenden Auges unter die Chupe.

Nun sollte ich im Verlauf der Zeremonie Süssels Finger fassen und ihr den Ring anziehen. Doch ich wollte nicht. Da gab mir der Vater eine Ohrfeige und drohte mir mit der Rute. So mußte ich mich fügen und faßte Süssels Finger. Ich war jedoch sehr böse darüber, daß man mich zwang, Süssels Finger zu nehmen. Daher kniff ich sie tüchtig in den Arm. Sie begann zu weinen. Dann gab Süssels Vater ihr zwei Gulden, und mein Vater gab mir denselben Betrag, damit der Friede wiederhergestellt sei. So faßte ich denn Süssels Finger und sprach die Formel zusammen mit dem Großvater, sagte „Maseltow" und begann zu tanzen. Dann wurden Süssel und ich nebeneinander an den Tisch gesetzt und man setzte uns und den Gästen Lebkuchen und eingemachtes Obst vor. Plötzlich brach Süssel in Tränen aus. Die Mutter fragte: „Warum weinst du, Süssel?"

Süssel unter Tränen: „Ich will hinaus."

Sie wurde hinausgeführt.

Darauf ich: „Ich will auch hinaus."

Ich wurde hinausgeführt und dann wurden wir wieder nebeneinander hingesetzt. Bald aber wurden wir schläfrig, und daher führte mich meine Schwester heim und Süssel wurde schlafen gelegt.

Mein einziges Vergnügen an der ganzen Sache war, daß ich die ganze Woche, von Dienstag bis Sonntag, nicht in den Cheder zu gehen brauchte. Am nächsten Tag kamen die Schwiegereltern zum Mittagessen zu uns. Süssel kam mit; ihr Kopf war geschoren und sie trug einen Scheitel, der ihr bis in die Augen fiel. Zum Mittagessen trug die Mutter ein Huhn auf, denn die ganze Woche war in der Stadt kein Fleisch zu haben...

Nach dem Essen blieb Süssel bei uns. Ihr Scheitel gefiel mir nicht. Als wir zu spielen begannen, riß ich ihr zunächst den Scheitel vom Kopf und jetzt bemerkte ich — ihr Kopf war glatt geschoren. Da begann ich zu schreien: „Pfui, sie hat einen Grind!"

Süssel begann vor Scham zu weinen. Mein Vater geriet in Zorn und prügelte mich vor Süssels Augen; dabei hielt er mir meine Sünden vor: „Du Kerl, wirst du noch einmal Süssel den Scheitel vom Kopf reißen und sagen, daß sie einen Grind hat?"

Und ich rief unter Tränen: „Nein, Vater, ich werde es nie mehr tun."

Süssels Tränen trockneten schnell, vor Freude darüber, daß ich geprügelt wurde. Dann wurde sie nach Hause geführt. Wir aber wurden wieder böse, sie aus Scham darüber, was ich ihr angetan, und ich wegen der Prügel, die ich ihretwegen bekommen hatte.

Als wir etwa zwölf Jahre alt waren, enthüllte mir erst mein Vater das Geheimnis, daß wir Mann und Frau seien. Auch Süssel erfuhr dies von ihren Eltern und wir gründeten einen eigenen Hausstand... So leben wir bis heute, Gott sei Dank, als Eheleute...

Gemeinden-u. Vereins-Echo

Zionistische Orsgruppe, München. Wir machen alle Zionisten und Freunde des Palästina-Aufbaus auf die Anzeige in dieser Nummer über den Vortrag von Kurt Blumenfeld aufmerksam. Die Gelegenheit, den bekannten Führer der deutschen Zionisten über die wichtigsten Probleme des nahenden Kongresses sprechen zu hören, sollte von niemanden versäumt werden. Der Vortrag findet am 4. Juli um 8 Uhr abends im Saale des Kunstgewerbehauses, Pfandhausstraße 7/I, statt.

Jüdischer Jugendverein, München. Sportgruppe: Jeden Donnerstag, abends halb 8 Uhr, Training auf dem Sportsplatz Säbenerstraße, Linie 25, Haltestelle Krüppelheim.

Treffpunkt für Nichtsportler: Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, Linie 25, Haltestelle Krüppelheim. Lokal: Säbenerstraße 9. Über die jeden Sonntag stattfindenden Wanderungen gibt Herr Max Both, Lindwurmstraße 185, Auskunft.

Die Vorstandschaft des Vereins בית יעקב gibt hiermit bekannt, daß in seinem Betlokal (Hans-Sachs-Straße 8/0 im Durchgang) täglich morgens 7 Uhr und abends 8 Uhr Gottesdienst abgehalten wird. Auch Nichtmitglieder können an dieser Veranstaltung kostenlos teilnehmen.

Zionistische Jugendgruppe Fürth. Sonntag, 8½ Uhr, Treffpunkt vor dem Nürnberger Hauptbahnhof. Ziel Ludwigshöh. Der Zug nach Lauf geht 8.50 Uhr ab.

Der „Jüdische Gesangverein" auf dem Frankfurter Musikfest (Vorbericht). Wie uns berichtet wird, war die Fahrt ein voller Erfolg für den Verein; eingehender Bericht wird in der nächsten Nummer folgen. Nur soviel sei einstweilen gesagt, daß Josef Ziegler seine Schar fest in der Hand hatte, auch für seinen Preischor mit seiner Frau Sonja begeisterten Jubel erntete und daß Emanuel Kirschner ebenso gefeiert wurde.

Besonders verdient die zahlreiche Teilnahme der Frankfurter Judenheit rühmend erwähnt zu werden — ca. 2500 Personen im Saalbau —, dann aber noch die durch den jüdischen Frauenbund glänzend organisierte liebenswürdige Aufnahme der Damen in jüdischen Privathäusern; an dieser Stelle besonderen Dank. Dank auch all denen, die die Fahrt unterstützten.

KEREN KAJEMETH LEJISRAEL

Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442
Nürnberg 24565



Fernsprecher München 56199
Nürnberg 9226

Zentrale für Deutschland Berlin W 15
Meinekestraße Nr. 10

Münchner Spendenausweis Nr. 27
vom 21. Juni bis 28. Juni 1927

Allgemeine Spenden: Dr. Albert Weihl grat. Herrn Rosenbaum zur Vermählung RM. 5.—

Der Gesamtausschuß der Ostjuden grat. seinem Vorstandsmitglied Herrn Fleischer zur Vermählung seiner Tochter RM. 3.—.

Gottfried Hirsch und Frau grat. Herrn und Frau Dr. Heinrich Feuchtwanger RM. 2.—.

Aus **dem Nachlaß des sel. Herrn Jakob Fränkel RM. 700.—** = RM. 710.—.

Spendenbuch: Zahnarzt Dr. Heinrich Feuchtwanger und Frau danken für die anl. der Geburt ihres Sohnes erwiesenen Aufmerksamkeiten RM. 20.—.

Max Fleischer und Frau anl. der Vermählung ihrer Tochter RM. 10.—.

Max Offenbach (Mannheim) anl. seiner Verlobung RM. 5.— = 35.—.

Bäume: Richard Fränkel s. A. Garten: Dr. Alfred Fränkel und Frau anl. der Geburt ihres Sohnes Richard Michael 2 B. RM. 12.— = 12.—.

Büchsen: geleert durch Max Feder: Dora Fränkel RM. 3.—; I. Singer 10.—; N. N. 3.16; P. Weiß 6.83; Dir. M. Apfel 5.07; J. Fröhlich 1.65; D. Horn 3.—; Frau J. Weil 12.40; J. Ziegler 1.22; Dr. M. Kupfer 4.—; Frau B. Katzenstein 4.—; B. Rosenfelder 1.20; H. Glaser 1.69; M. Eisen 3.62, B. Lövenstein 3.—; P. Grünbaum 3.96, Dr. Gluskinos 3.20, H. Tabak 1.—; Herbst-Brückner 5.—; J. Brunnengraber 1.09; L. Felix 1.10; G. Nathan 4.10; S. Gutter 3.—; S. Sachsenhaus 2.—; A. Hirsch 8.40; N. N. 2.78; N. N. 1.50; P. Kalter 3.38; M.

Berger 1.—; Frau F. Schiller 5.50; Emil Goldberg 3.—; A. Hecht 1.—; L. Rosenthal 2.86; N. Sturm 2.15; Dr. J. L. Frisch 1.64, G. Sachs 8.—; F. Ernst 2.97; G. Friedländer 2.47; F. Weißbarth 4.61; Frl. M. Falk 6.—; M. Brym 3.—; Dr. K. Bacharach 5.—; R. Minikes 6.05; O. Wien 3.42; Fr. A. Koch 3.—; F. Frydmann 1.56; I. Stobetzky 2.—; Gellermann 1.50; I. Békés 1.50; S. Kaufmann 2.—; L. Blumenberg 2.—; J. Schorr 2.71; Ph. Stern 2.40; R. Wengraf 2.50; M. Bohrer 1.53; G. Teilheimer 1.50; A. Kupfer 6.75; W. Feuer 5.—; S. Fleischer 1.50; A. Himmelreich 1.65; Dr. J. Siegel 1.44; Frau K. Weil 3.—; K. Drexler 9.60; H. Kulakowsky 2.—; Dr. I. Ettinger 1.50; 3 Büchsen unter RM. 1.— = 220.77; Summa 977.77.

Gesamtausweis seit 1. Oktober 1926: 7378.20.

Auf der Brith bilo Gittler gesammelt von Herrn Enoch für Talmud Thora RM. 10.—; Bikkur Cholim 10.—; Israel. Frauenverein 10.—.

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 24. Juni 1927

Pesach-Aktion: Durch Reiner Hirsch aus Neustadt a. d. A. RM. 11.— (Spezifikation folgt).

Durch Herrn Siegfried Kahn (Henny Kahn, Jul. Kahn, Fritz Mann je 5.—) = 15.—. N. N. 1.—.

Allgemeine Spenden: David Frank RM. 20.—.

Büchsen: Durch Fritz Fraenkel v. Mendelssohn (Fürth) RM. 5.74. Summa RM. 52.74.

Seit 1. Oktober 1926 aufgebracht RM. 16 810,89.

Würzburg

Büchsen durch Trudl Emrich: Bravmann RM. 2.20; Frl. E. Steinberger 1.13. — N. F.-Spende: Erna Fließ gratuliert Frau Seligsberger zum Geburtstag 3.—. Summa 6.13.

Dr. M. Friedländer gratuliert seinen l. Eltern herzlich zur Doppelvermählung ihres Enkels und ihrer Tochter

Berlin, 26. Juni

Gaststätten / Sommerfrischen / Bäder

in denen jüdische Besucher willkommen sind

Verantwortlich für die Redaktion: Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog-Max-Straße 4, München.